

# Antrag - wie wird hausärztliche Versorgung sichergestellt?

BH  
05.05.

**WERMELSKIRCHEN** (pd) Die WNKUWG stellt zur Sitzung des Haupt und Finanzausschusses am Montag einen Antrag zum Thema „Hausärzte“. Die Verwaltung solle für die Politik Handlungsoptionen erarbeiten, welche aufzeigen, wie mittelfristig die hausärztliche Ver-

sorgung in Wermelskirchen sichergestellt werden kann. Dieses erfolgt in Kooperation mit dem Kreis sowie der Kassenärztlichen Vereinigung. Das Grundproblem sei, dass immer weniger Ärzte bereit sind, sich als Hausärzte in der ambulanten Versorgung niederzulassen. „Inhaltlich

stützen wir unseren Antrag voll und ganz auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten Rainer Deppe vom 31. Juli 2017. Er hatte sich wie viele Wermelskirchener Bürger gefragt, wie denn die hausärztliche Versorgung in Zukunft sichergestellt werden kann und sich an die KV ge-

wandt.“ Damals hatte der Vorsitzenden der KV Nordrhein, Dr. Frank Bergmann geantwortet, im Fall der Hausarztpraxis Sachser in Wermelskirchen arbeite die KV mit Hochdruck daran, Hausärzte für die Fortführung der Praxis zu gewinnen. Allein in Wermelskirchen seien sechs

hausärztliche Zulassungen frei. Die KV denke auch über den Betrieb in Form einer „Zweigstelle“ oder „Praxis-Filiale“ nach.

Aus Sicht der KV komme aber auch die Verlängerung der Vertretungsregelung in Frage. Die müsste allerdings von den Betroffenen be-

antrag werden. Sollten sich für alle diese Fortführungsmöglichkeiten keine Ärzte finden, so würde die KV helfen, die Patienten an andere Hausärzte zu vermitteln. Im Übrigen sei im Rheinland 215 Zulassungen unbesetzt, schrieb die KV vor einem Jahr.

## Sechs Stellen für Ärzte sind unbesetzt

WKA  
15.

Die WNK UWG stellt zur heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einen Antrag zum Thema „Hausärzte“. Die Verwaltung solle aufzeigen, wie mittelfristig die hausärztliche Versorgung in Wermelskirchen sichergestellt werden kann. Die WNK UWG bezieht sich dabei auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Rainer Deppe vom Juli 2017. Er hatte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) gefragt, wie die hausärztliche Versorgung sichergestellt werden kann. Damals hatte der Vorsitzende der KV Nordrhein, Dr. Frank Bergmann geantwortet, im Fall der Hausarztpraxis Sachser arbeite die KV mit Hochdruck daran, Hausärzte für die Fortführung der Praxis zu gewinnen. Allein in Wermelskirchen seien sechs hausärztliche Zulassungen frei. Die KV denke auch über den Betrieb in Form einer „Zweigstelle“ nach. Auch die Verlängerung der Vertretung komme in Frage. pd

## Hausärztliche Versorgung bleibt ein Problem

BH 09.05.

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Um die hausärztliche Versorgung in Wermelskirchen ist es schlecht bestellt. Fünf Stellen sind laut Henning Rehse (WNKUWG) aktuell nicht besetzt. Diese Zahl nannte er jetzt im Hauptausschuss. Seinen Antrag, dass die Verwaltung Handlungsoptionen erarbeitet, um aufzuzeigen, wie mittelfristig die hausärztliche Versorgung sichergestellt wird, zog er nach einer Diskussion zurück. Denn: Die Stadtverwaltung lehnte den Antrag aus formalen Gründen ab.

Bürgermeister Bleek erklärte, der Sicherstellungsauftrag liege nicht im kommunalen Bereich, sondern dafür sei die Kassenärztliche Vereinigung zuständig. „Die Stadt hat keinen Einfluss.“ Das stieß bitter auf. Rehse: „Sie sollten sich qua Amt einbinden, nicht wegen der Zuständigkeit.“ Die Stadt sei nicht für die Missstände verantwortlich, hier sei Kreativität gefordert auf kommunaler Ebene.

Stefan Janosi (Grüne) meinte, eine Praxis mit 1000 Patienten sei nicht attraktiv genug. Hier sollten Zahlen eingefordert werden, ob es eine Unterversorgung gebe. 1600 Patienten pro Hausarzt sollten es schon sein. Jochen Bilstein (SPD) meinte, wenn die Kassenärztliche Vereinigung nicht tätig werde, müsse, wie jetzt bei einer chirurgischen Praxis geschehen, ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) für die hausärztliche Versorgung eingerichtet werden. Christian Klicki (CDU) mahnte: „Wir müssen die Sorgen ernst nehmen. Auf jeden Fall sollte in einem Brief an die Landesregierung auf die Probleme aufmerksam gemacht werden.“

# RPA soll Bietverfahren zum Loches-Platz prüfen

**WERMELSKIRCHEN** (tei.-) Droht der Termin der Unterzeichnung des Kaufvertrages für den Loches-Platz, und damit der Baustart, weiter nach hinten zu rücken? Die WNKUWG-Fraktion beantragt jetzt, das durchgeführte Bietverfahren für den Kauf des Grundstückes zu überprüfen. Die Politiker haben den Eindruck, dass das Grundstück zu preiswert an den Investor veräußert werden soll.

BH 17.05.

Was ist passiert? Die Fraktion hat den Eindruck, dass den Bietern eine „unzulässige Beihilfe“ gewährt würde – Details nennt die Fraktion nicht, denn es geht hier um viel Geld. Deshalb soll der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) das eigentlich abgeschlossene Verfahren noch einmal aufrollen und das Bietverfahren prüfen. Das geschieht nichtöffentlich – auch die spätere Entscheidung wird nichtöffentlich

im Rat diskutiert oder verkündet. In dem Antrag, der öffentlich eingereicht wurde, möchte die WNKUWG auch wissen, ob im „Verlauf des Bietverfahrens auf Wunsch der Bieter der Verkehrswert nach unten angepasst“ worden sei. Damit würde die Stadt sicher viel Geld – Insider munkeln von einem Millionenbetrag – verlieren. Eigentlich nämlich müsste eine Stadt den höchstmöglichen Preis erzielen.

Sollte diese Anpassung nach unten erfolgt sein, will die Fraktion geklärt wissen, ob das zulässig ist. In diesem Zusammenhang stellt sich der Fraktion auch die Frage in dem Antrag an den Ausschuss, ob es letztlich rechtens ist, wenn ein nach unten veränderter Verkehrswert nicht den realen Wert des Grundstückes widerspiegelt. Spätestens am 18. Juni muss der Rat entscheiden, ob der Prüfauftrag erteilt wird.

## STANDPUNKT

### Die Stadt kann viel tun

Von Karsten Mittelstädt

**D**a für zu sorgen, dass es in Wermelskirchen genügend Ärzte gibt, ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung. Das ist nach dem Sozialgesetzbuch Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigungen. Wer wüsste das besser als Bürgermeister Rainer Bleek, der jahrelang für eine Krankenkasse gearbeitet hat. Dennoch macht er es sich wirklich zu leicht, wenn er sich auf den Standpunkt zurückzieht, die Ärzteversorgung ist keine Aufgabe der Kommune. Formal ist das sicher richtig, doch die ausreichende ärztliche Versorgung ist ein wichtiger Faktor für den Standort Wermelskirchen und seine Bewohner. Geld allein ist es nicht, was Allgemeinmediziner davon abhält, sich in ei-

ner Kleinstadt wie Wermelskirchen niederzulassen. An den nicht mehr zeitgemäßen Vergütungssystemen kann die Stadt wirklich nichts ändern, aber an den Faktoren, die einen jungen Mediziner und seine Familie vielleicht doch dazu bewegen, hier die Existenz aufzubauen: zum Beispiel gute Versorgung mit Kita-Plätzen, Schulen oder preiswertes Bauland. Da kann eine Kommune viel tun – für niederlassungswillige Ärzte und die eigene Bevölkerung.

» Medizinische ...



karsten.mittelstaedt  
@rga-online.de

# Medizinische Versorgung ist gefährdet

WGA 17.05.

Von 17 Kassenarztstellen sind weniger als zehn besetzt. Die Politik kennt das Problem und will reagieren. Stadtverwaltung winkt ab.

Von Karsten Mittelstädt

Das Problem ist bekannt. Das Problem bleibt weiter ungelöst: Es gibt zu wenig Ärzte in Wermelskirchen. Für die Kassenärztliche Versorgung Nordrhein (KVNO) die für die Zulassung niedergelassener Ärzte zuständig ist, gibt es aber noch keine medizinische Unterversorgung. Die Zahlen sprechen allerdings eine andere Sprache. Von 17 möglichen Praxen sind derzeit 7,5 Stellen unbesetzt. Das bestätigt der Sprecher der KVNO, Christopher Schneider, auf Anfrage des WGA.

Damit ist die Situation noch prekärer als von der WNK UWG in der jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses dargestellt. Fraktionsvorsitzender Henning Rehse sprach von fünf unbesetzten Arztstellen. Seine Fraktion hatte Alarm geschlagen und in einem Antrag gefordert, dass die Stadtverwaltung aktiv werde und Handlungsoptionen erarbeitet, „wie mittelfristig die hausärztliche Versorgung in Wermelskirchen sichergestellt werden kann“. Es ist nicht das erste Mal, dass die

Politik auf das Problem aufmerksam macht. Schon im Juli vergangenen Jahres hatte Jochen Bilstein (SPD) Bürgermeister Rainer Bleek auf die prekäre Situation der medizinischen Versorgung durch Hausärzte hingewiesen. Nicht ausgelöst, aber verschärft wurde der Ärztemangel durch den Tod des Mediziners Thomas Sachser. Für dessen Praxis konnte kein Nachfolger gefunden werden. Die ohnehin schon ausgelasteten übrigen Hausarztpraxen mussten nach Angaben des damaligen Ärztesprechers Thomas Schwitalla rund 1800 Patienten übernehmen.

„Selbst für die Praxis Sachser fand sich niemand.“

Rainer Bleek, Bürgermeister

Die Situation hat sich offenbar seither nicht verbessert. „Die Wartezimmer sind oft voll, und die Wartezeiten sind immens“, sagte Rehse im Ausschuss und ergänzte: „Ich bin nicht privat versichert.“ „Die ärztliche Versorgung ist eine Angelegen-



7,5 kassenärztliche Arztstellen sind in Wermelskirchen unbesetzt. Für die Kassenärztliche Vereinigung ist das keine Unterversorgung. Foto: Sieber

heit, die nicht im kommunalen Bereich liegt“, sagte Bleek, eine Abstimmung sei rechtlich nicht zulässig.

So einfach wollten die Politiker Bleek aber nicht aus der Verantwortung lassen. „Sie sind nicht verantwortlich“, sagte Rehse, aber wir sollten uns um das Problem kümmern.“ Das sieht Jürgen Manderla (FDP) ähnlich: „Der Bürger erwartet eine Antwort.“ Die kann Bleek nicht geben, denn: „Das ist ein Problem, das auch Landes- und Bundesebene geklärt werden muss.“ Kommunen könnten höchsten finanzielle Anreize geben, damit sich Mediziner als Hausarzt niederlassen. Bleek: „Aber wir sind im Haushaltssicherungskonzept.“ Die Praxis Sachser sei eine gut gehende Hausarztpraxis gewesen. „Selbst dafür fand sich nie-

mand.“ Mit Geld ist der Ärztemangel wohl auch nicht zu beheben. Schon jetzt gehört Wermelskirchen zu den Städten, deren ärztliche Grundversorgung auf mittlere Sicht gefährdet erscheint. So sieht es jedenfalls das NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und hat Wermelskirchen in die Liste der Städte aufgenommen, in denen die Niederlassung eines Mediziners als Hausarzt mit 25 000 Euro gefördert wird. Aber auch das reicht offenbar nicht als Anreiz, um die aus Sicht junger Ärzte negativen Faktoren einer Hausarztpraxis im ländlichen und kleinstädtischen Bereich auszugleichen.

Wenn die KVNO Wermelskirchen als unversorgt ansehe, was noch nicht der Fall sei, dann werde die Region zunächst näher untersucht, sagt

## BERATUNG

**PROFIL** Auf der Internetseite der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein gibt es eine Niederlassungsberatung für Ärzte. Dort können Städte ihr Profil hinterlegen und für sich als Standort werben. Burscheid und Hückeswagen sind vertreten, Wermelskirchen nicht.

[www.kvno.de](http://www.kvno.de)

Sprecher Schneider. Wie ist die Situation in den Praxen tatsächlich? Können Patienten in die Nachbarstädte Burscheid oder Remscheid ausweichen? Das seien Fragen, die die KVNO zunächst klärt, bevor Maßnahmen ergriffen würden. Das könnten beispielsweise auch Umsatzgarantien für Ärzte sein.

Der KVNO-Sprecher macht aber wenig Hoffnung, dass sich die Situation bald ändert. „Der Trend jüngerer Ärzte geht in die urbanen Regionen, der Hausarzt als Einzelkämpfer ist passé“, sagt er. Selbst wenn die Politik jetzt Maßnahmen ergreife, um mehr Mediziner auszubilden, dauere es Jahre, bis diese in den schwächer versorgten Regionen arbeiten könnten. Die Versorgungslücke wird also größer.

» Standpunkt

UNTERWEGS BH 10.05.

## Bürgerverein im Braunkohlerevier

(tei.-) Bestes Wetter hatte eine Delegation des WNKUWG-Bürgervereins beim Besuch des RWE-Tagebaus in Hambach. Neben einer einstündigen Einführung in die Thematik – auch unter dem Aspekt der sich abzeichnenden Energiewende – hatte der Bürgerverein mit 20 Teilnehmern vor Ort die Gelegenheit, sich im Braunkohlerevier umzuschauen.

Mit großem Gerät ging es über die zahlreichen Sohlen zur Kohle, flankiert durch riesige Abraumbagger und Kohlebunker, heißt es in einer Pressemitteilung. Die RWE-Gruppe stellte sich hier auch kritischen Fragestellungen, die die Umsiedlung von Menschen und den Naturschutz tangieren. Abgerundet wurde der Besuch durch die Besichtigung von renaturierten Grünflächen und Seen im ehemaligen Revier.

Der Ausklang erfolgte im Landgasthof „Alte Post“ in Niederzier, wo die Gruppe das Erlebte Revue passieren ließ.

**Stefan Kind**, als Vorsitzender des Bürgervereins, dankte **Bettina Bernhard** und **Rüdiger Bornhold** für die gute Organisation und den abwechslungsreichen Tag in der Region Hambach.

# Bleek wehrt sich gegen Vorwürfe 26.05.

WNKUWG kritisiert, dass der Loches-Platz unter Wert an den Investor verkauft werde.

In einem Antrag am 11. Mai hatte die Fraktion von WNKUWG das Auswahlverfahren zur Entwicklung des Loches-Platzes hinterfragt. Der Vorwurf: Die Verwaltung hätte einen zu geringen Kaufpreis verlangt und würde der Stadt schaden. Bürgermeister Rainer Bleek wehrt sich nun gegen diese Vorwürfe: „Weder verkaufen wir den Loches-Platz unter Wert, noch verstoßen wir gegen Gesetze oder schaden der Stadt. Das Auswahlverfahren ist transparent und diskriminierungsfrei abgelaufen. Wir haben uns juristisch beraten lassen, intern wurde das Verfahren vom Rechnungsprüfungsamt geprüft“, schreibt er in einer Stellungnahme. Unzulässige Vorteile für die Bewerber gebe es nicht. „Die unterstellten Rechtsverstöße der WNKUWG entbehren jeder Grundlage“, sagt Bleek.

Der geforderte Kaufpreis sei nicht manipuliert und beruhe auf einer Wertermittlung des Gutachterausschusses des Kreises. Dieser lege die Bewertungsmethoden zugrunde. „Es besteht für die Stadt kein Anlass, daran zu zweifeln, dass

dieser Preis angemessen ist“, schreibt Bleek.

### Bleek: Kein Anbieter bot einen höheren Kaufpreis an

Bei der Preisfindung könne laut Europäischer Kommission selbstverständlich berücksichtigt werden, wenn die Stadt als Verkäuferin spezielle Anforderungen an den Käufer stelle. Weil die Anforderungen, die der Stadt wichtig waren, den Erwerber einschränken, dürfe sich dies auch im Preis widerspiegeln.

„Auch ist vom Gerichtshof anerkannt, dass Wertgutach-

ten nur theoretische Marktwerte angeben. Der Marktwert selbst ergibt sich aus den Angeboten des Marktes“, sagt Bleek. Die Bewerber hätten einen höheren Preis anbieten können und hätten dafür mehr Punkte bekommen. Sie hätten sich also eine bessere Ausgangsposition verschaffen können. „Dies hat aber kein Bewerber getan, deshalb ist der von der Stadt geforderte Mindestpreis offensichtlich auch der objektive Marktwert.“

Die Antwort des WNKUWG-Fraktionsvorsitzenden Henning Rehse ließ nicht lange auf sich warten: „Erneut bleibt die Verwaltung die Beantwortung der Frage schuldig, warum im aktuellen Wertgutachten seitens des Gutachterausschusses 3000 Quadratmeter werthaltige Flächen – von der Stadt dem Gutachterausschuss gemeldet – zugrunde gelegt werden, in den Plänen jedoch 6100 Quadratmeter dargestellt sind?“, schreibt Rehse in einer Antwort auf die Darstellung der Stadt. rue



Die Stadt werde den Loches-Platz nicht unter Wert verkaufen, sagt Bürgermeister Bleek. Warum nur noch 3000 statt ursprünglich 6100 qm verkauft werden, fragt die WNKUWG-Fraktion.

Foto: Mittelstadt

26.05  
BM

## Loches-Platz - Stadt wehrt sich gegen WNKUWG

**WERMELSKIRCHEN** (rue) Die Fraktion von WNKUWG hat das Auswahlverfahren zur Entwicklung des Loches-Platzes hinterfragt. Der Vorwurf: Die Verwaltung hätte einen zu geringen Kaufpreis verlangt und würde der Stadt schaden. Bürgermeister Rainer Bleek wehrt sich: „Weder verkaufen wir den Loches-Platz unter Wert, noch verstoßen wir gegen Gesetze oder schaden der Stadt. Das Auswahlverfahren ist transparent und diskriminierungsfrei abgelaufen. Wir haben uns juristisch beraten lassen, intern wurde das Verfahren vom Rechnungsprüfungsamt geprüft“, schreibt er. Unzulässige Vorteile für die Bewerber gebe es nicht. „Die unterstellten Rechtsverstöße entbehren jeder Grundlage“, sagt Bleek.

Der geforderte Kaufpreis sei nicht manipuliert und beruhe auf einer Wertermittlung des Gutachterausschusses des Kreises. Dieser lege die Bewertungsmethoden zugrunde. „Es besteht für die Stadt kein Anlass, daran zu zweifeln, dass dieser Preis angemessen ist“, schreibt Bleek.

Bei der Preisfindung könne laut Europäischer Kommission selbstverständlich berücksichtigt werden, wenn die Stadt als Verkäuferin spezielle Anforderungen an den Käufer stelle. Weil die Anforderungen, die der Stadt wichtig waren, den Erwerber einschränken, dürfe sich dies auch im Preis widerspiegeln.

„Auch ist vom Gerichtshof anerkannt, dass Wertgutachten nur theoretische Marktwerte angeben. Der Marktwert selbst ergibt sich aus den Angeboten des Marktes“, sagt Bleek. Die Bewerber hätten einen höheren Preis anbieten können und hätten dafür mehr Punkte bekommen. Sie hätten sich also eine bessere Ausgangsposition verschaffen können. „Dies hat aber kein Bewerber getan, deshalb ist der von der Stadt geforderte Mindestpreis offensichtlich auch der objektive Marktwert.“

Damit gibt sich der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende Henning Rehse nicht zufrieden: „Erneut bleibt die Verwaltung die Beantwortung der Frage schuldig, warum im Wertgutachten des Gutachterausschusses 3000 Quadratmeter Flächen zugrunde gelegt werden, in den Plänen aber 6100 Quadratmeter dargestellt sind“, schreibt er und kündigt an, dass seine Fraktion von einem Fachanwalt prüfen lasse, welche juristischen Schritte möglich sind, um die Vorgänge zu prüfen. Das Rechnungsprüfungsamt habe bisher keine eigene Prüfung vorgenommen oder eine zweite Meinung gehört.